

LINKS *im Havelland*

Informationsblatt des Kreisverbandes Havelland



Ministerin für Arbeit,
Soziales, Gesundheit,
Frauen und Familie

Die Flüchtlinge sind eine Chance

Seit fast einem Jahr ist Diana Golze nun Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und

Familie. In der Abkürzung des Ministeriums MASGF versteckt sich noch ein großes F: Flüchtlinge. Die Zahl der Menschen, die weltweit auf der Flucht sind, steigt und die Situation in den Krisengebieten Syrien, Afghanistan und in vielen Teilen des afrikanischen Kontinents scheint sich weiter zuzuspitzen. So sehr, dass sich die Flüchtenden von den Gefahren, die der Weg nach Europa birgt, nicht mehr abschrecken lassen. Diana Golze möchte aus dem „F“ gern ein „I“ für Integration machen – warum sie diese Integration als so wichtig erachtet, wie sie gestaltet werden kann und welche Rolle dabei der Politik und welche den vielen ehrenamtlich aktiven Menschen in Brandenburg zufällt, wollten wir von ihr wissen.

Der Alltag, die Nachrichten, überall ist ein Thema bestimmend: Flüchtlinge. Wie viele Menschen sind denn in den Kommunen Brandenburgs bereits angekommen?

Diana Golze: Brandenburgs Kommunen haben bis zum 30. September dieses Jahres 12.533 Menschen aufgenommen. Das ist eine großartige Leistung. Denn es sind Menschen, die alles hinter sich lassen mussten. Sie kommen mit dem Wenigen, das sie mit sich tragen konnten und bringen Erlebnisse mit, die für uns unvorstellbar sind. Das alles ist durch die Verantwortlichen vor Ort zu stemmen und kann nicht genug gewürdigt werden.

Gibt es Schätzungen, wie sich die Zahlen

in den nächsten Wochen, Monaten entwickeln?

Wir gehen davon aus, dass bis zum Jahresende nochmals ungefähr 12.500 Menschen kommen werden. Das ist der rechnerische Anteil Brandenburgs nach dem Königsteiner Schlüssel. Land und Kommunen arbeiten intensiver denn je zusammen, damit diese Menschen gut untergebracht werden.

Nun kennen wir die Bilder von brennenden Turnhallen und auch von Demonstrationen gegen Flüchtlingseinrichtungen, auf denen öffentlich propagiert wird, dass auch Brandenburg eine Überfremdung droht. Wie kann man sich dem denn auch im Alltag entgegenstellen? Insbesondere dann, wenn die Anzahl der Flüchtlinge weiter steigt?

Turnhallenunterbringungen versucht jeder Bürgermeister und jede Landrätin zu vermeiden und wenn sie nötig werden, auf einen minimalen Zeitraum zu begrenzen. Wer Turnhallen in Brand setzt, weil er oder sie findet, dass man Kindern die Möglichkeit zum Sportunterricht nicht nehmen darf, hat der Gemeinde und vor allem auch den Kindern geschadet, ohne sein Ziel zu erreichen. Denn Sport – ob nun in der Schule oder im Verein – wird in einer abgebrannten Halle auf absehbare Zeit überhaupt nicht mehr möglich sein. Stattdessen steht die betroffene Kommune vor einem riesigen Sachschaden und muss in eine neue Halle investieren. Die Flüchtlinge aber brauchen auch dann noch ein Dach über dem Kopf. Die Sorge vor sogenannter Überfremdung entpuppt sich als Polemik, wenn man sich die realen Verhältnisse anschaut. In Brandenburg leben knapp 2,5 Millionen Menschen. 2013 lag der Anteil von Migrantinnen und Migranten in Branden-

burg bei fünf Prozent der Bevölkerung. Auch wenn wir in diesem Jahr vermutlich 25.000 Menschen bei uns aufnehmen, kann von einer Überfremdung kaum eine Rede sein. Wichtig ist, wie wir mit diesen Menschen umgehen. Es liegt an uns, ob wir sie in unserer Gesellschaft aufnehmen oder ob sie ausgegrenzt bleiben. Ich denke, wir sollten aus den Erfahrungen in Ost und West mit der Integrationspolitik der letzten Jahrzehnte lernen und in der derzeitigen Situation eine Chance sehen.

Die worin besteht?

In Brandenburg werden im Jahr 2030 gegenüber 2010 ca. 253.000 Menschen weniger leben – das sind die derzeitigen Prognosen. Um diese Zahl vielleicht vorstellbar zu machen: In Potsdam und Brandenburg an der Havel leben zusammen ca. 230.000 Menschen. Eine solche Bevölkerungsentwicklung macht ja etwas mit einem Land, mit einer Region. Auch darum sind diese Menschen für uns wirklich eine Chance. Wir wissen nicht, wie lange sie bei uns in Brandenburg bleiben werden, denn wenn ihr Asylantrag Erfolg hat, dürfen sie danach ihren Wohnsitz in Deutschland frei wählen. Wir können aber die derzeitige Notwendigkeit, in Lehrer, in Nahverkehr und in Ausbildung investieren zu müssen, nachhaltig zu unseren Gunsten gestalten. Darum sind die zu uns kommenden Flüchtlinge eine Chance. Weil sie uns dazu bringen, dass wir uns darauf zurückbesinnen, was unsere Städte und unsere Dörfer attraktiv macht. So attraktiv, dass auch die jungen Menschen, die hier geboren werden, als ausgebildete Elektriker, Ärzte, Krankenschwestern und -pfleger bleiben wollen – statt wie bisher spätestens nach der Ausbildung in andere Bundesländer zu ziehen. Das ist es übrigens auch, was ich derzeit bei den vielen Willkommensinitiativen erlebe: natürlich zuerst den Wunsch, den Flüchtlingen beim Ankommen zu helfen, aber auch den Wunsch, Zukunftsperspektiven in der eigenen Gemeinde und für die eigene Gemeinde zu schaffen. ➔

Fortsetzung von S. 1

Du hast das Wort gestalten genannt. Wie gestaltet man denn in einer Situation, in der täglich Busse oder Züge aus Bayern mit Flüchtlingen ankommen, Politiker*innen aus anderen Bundesländern sogar von Notwehr und Atempausen sprechen - kann man in einer solchen Situation überhaupt gestalten?

Ich möchte keine „Kollegenschelte“ betreiben und kann nur von dem sprechen, was mich antreibt. Die Rufe einer Atempause finde ich aber durchaus schon gefährlich. Was passiert denn mit den Menschen, wenn wir uns eine Atempause nehmen? Wie geht es ihnen an den Grenzen Serbiens und Ungarns – zumal jetzt, da die Nächte länger und kälter werden? Natürlich ist es schwierig, Versorgung und Unterbringung von Menschen zu organisieren, wenn wir zum Teil nicht mal wissen, wann wie viele zu uns kommen. Planung auf diese kurze Sicht ist schwer. Die Antwort kann aber nicht sein, dass man Menschen ihrem Schicksal zwischen den europäischen Landesgrenzen überlässt. Darum brauchen wir eine Grundlage für das gemeinsame Handeln der verschiedenen Ebenen. Wir wollen agieren und nicht länger den Ereignissen hinterherlaufen. Als Integrationsministerin habe ich deshalb gerade den Entwurf für eine Novellierung des Landesaufnahmegesetzes vorgelegt.

Es sollen qualitative Standards festgeschrieben und die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen deutlicher als Gemeinschaftsaufgabe aller in Brandenburg Beteiligten herausgestellt werden. Vor allem aber sollen Aufgaben und Kosten an die aktuelle Situation angepasst werden. So ist die versprochene Übernahme der Gesundheitskosten durch das Land ebenso vorgesehen wie die Anhebung der Pauschale für den Wachschatz. Hier geht es um die Zahlung von Tariflöhnen, die auch bei einem höheren Bedarf an Wachschutzdienstleistungen gegeben sein muss.

Und es wird Investitionspauschalen zukünftig auch für die Unterbringung in Wohnungen geben. Das sind nur einige der Regelungen, die wir neu ausjustieren mit dem Gesetz – in ihrer Gesamtheit sollen sie am Ende vor allem die Kommunen entlasten. Denn ich weiß: Bleiben den Kommunen keine Spielräume mehr, sozialräumlich zu agieren und Angebote zu schaffen, die allen zu Gute kommen, wächst Ablehnung wo jetzt Willkommenskultur steht.

Vielen Dank für das Gespräch.



Abdul T. auf Demo April 2011

Wir freuen uns sehr, dass das Interview mit Herrn Abdul T. aus Syrien zustande gekommen ist. Herr T. ist 33 Jahre alt, verheiratet und hat zwei kleine Töchter. Er hat die Landtagsabgeordnete Andrea Johlige vor einigen Monaten kontaktiert und sie gebeten, ihn bei seinem Verfahren gegenüber dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu unterstützen. Mittlerweile ist Herr T. als Flüchtling anerkannt und lebt mit einem Teil seiner Familie in einer Wohnung in Friedrichshain bei Döbern (Landkreis Spree-Neiße).

Herr T., bitte schildern Sie uns Ihr Leben vor dem Ausbruch des Krieges in Syrien. Was ist Ihr Beruf und wo haben Sie gearbeitet? Wie sahen Ihr Alltag und der ihrer Familie aus?



Abdul T. im Wald in Mazedonien Jan 2015

Unsere große Familie hat in Ariha, einer Stadt mit ca. 50.000 Einwohnern zwischen Latakia und Aleppo, gelebt. Mein Vater hat über 30 Jahre als Lehrer für Kunst und Design gearbeitet, und als Künstler bei der Stadtgestaltung mitgewirkt. Er war angesehen und geachtet. Ich habe einen Hochschulabschluss in Finanzwissenschaft und Banking, habe an einer Berufsschule als Lehrer gearbeitet und war auch im Bereich Designen tätig. Unsere Familie war wohlhabend, wir besaßen Wohneigentum, Autos, einen Designing-Shop im Stadtzentrum und eine Olivenplantage. Meine Brüder und ich lebten mit unseren Familien und unseren Eltern in einem großen Haus auf verschiedenen Etagen. Wir hatten alles, was wir brauchten, und waren mit unserem Leben sehr zufrieden.

Wie haben sich die Situation in Ihrer Heimatstadt und das Leben Ihrer Familie mit Beginn des Kriegs verändert?

Während des arabischen Frühlings formierte sich im April 2011 in unserer Stadt eine Gruppe von 15 - 20 Personen, vorwiegend Intellektuelle, um in friedlichen Demonstrationen demokratische Veränderungen zu fordern. Ich gehörte mit meinen Brüdern zu ihren Gründern. Wir demonstrierten friedlich, unbewaffnet, unabhängig von Parteien und äußeren Einflüssen. Unser Ziel war es, die Menschen aufzurütteln. Aus den ca. 20 Personen in der ersten Woche wurden in der zweiten Woche schon 200 - 300. Erst nach fünf Monaten wurden Forderungen nach Assads Sturz laut. Im August 2011 wurde ich zum militärischen Sicherheitsdienst vorgeladen, als Anführer registriert, verwart und mit einem Demonstrationsverbot belegt (das ich aber nicht einhielt).

Mitte 2012 wurde Ariha als strategischer Punkt an der Autobahn zwischen Latakia und Aleppo als eine von zwei Städten im ganzen Land vollständig von der Armee besetzt. Es herrschte militärische Willkür, Menschen wurden einfach so erschossen, darunter auch Freunde von mir. Auf vereinzelt bewaffneten Widerstand in der Bevölkerung reagierte die Armee mit grausamer Vergeltung.

Was war der Auslöser für Ihre Entscheidung, Syrien zu verlassen?

Nach Beschuss durch Panzer und Hubschrauber wurden Häuser in unserer Nachbarschaft zerstört. Es erfolgten wiederholt Hausdurchsuchungen, bei denen meine Festnahme und die meiner Brüder drohten. Da fassten wir den Entschluss, wir müssen weg von hier, egal wohin.

Herr T., wie haben Sie die weite Strecke nach Deutschland zurückgelegt, wie ist es Ihnen auf diesem Weg ergangen? Welche positiven und negativen Erlebnisse hatten Sie?

Wir verließen Ariha und überquerten zu Fuß illegal die Grenze zur Türkei, die so nahe ist, dass wir sie von unserem Haus aus sehen konnten. Wir gingen ohne Gepäck und nahmen nur Papiere, Geld und Schmuck mit. Zwei Jahre lang warteten wir in der Türkei, dass sich die Situation in Syrien ändert. Wir lebten dort unter sehr schwierigen Bedingungen, besonders mein 65-jähriger Vater hoffte sehnlichst auf eine Rückkehr, er war zu keiner weiteren Flucht bereit. Im August 2014 machte ich mich als ältester Sohn auf den beschwerlichen Weg nach Europa, den ich erst im April 2015 beenden konnte. Nicht vergessen kann ich die lebensgefährliche Überfahrt von der Türkei nach Griechenland, den Fußmarsch mit ständiger Furcht vor der Polizei, das Übernachten im Wald bei Temperaturen bis zu -11 Grad, meinen Gefängnisaufenthalt in Mazedonien und die menschenunwürdige Behandlung durch die Polizei in Ungarn. Den Weg von Budapest nach Passau konnte ich in einem Auto zurücklegen, von dort ging es weiter mit dem Zug über Nürnberg, Hannover und Berlin nach Eisenhüttenstadt.

War es Zufall, dass Sie Ihre Flucht nach Deutschland geführt hat, oder stand die Bundesrepublik als Ziel von Anfang an fest?

Mein Ziel war ein Land, in dem Flüchtlinge menschenwürdig behandelt werden und Möglichkeiten zur Integration haben, ich dachte an Schweden, die Niederlande oder Deutschland. Da entfernte Verwandte in Deutschland leben und ich die Hoffnung auf ein Studium dort habe, entschied ich mich für Deutschland.



Abdul T. mit Tochter Wedad auf dem Balkon 2011

Was war Ihr erster Eindruck, als Sie in Deutschland ankamen? Sind Sie gleich nach Brandenburg gekommen oder gab es weitere Stationen in Deutschland?

Mein erster Aufenthaltsort war Eisenhüttenstadt, dann ein Übergangswohn-

heim in Forst, von dort ging es in eine Wohnung in Friedrichshain bei Döbern (Landkreis Spree-Neiße). Meine ersten Eindrücke von deutschen Menschen waren ein Mann aus Hamburg im Zug von Passau, er verhielt sich freundlich, interessierte sich und gab mir Hinweise für die Zugfahrt. Positive Eindrücke habe ich auch von deutschen Polizisten, die für mich unerwartet freundlich waren, und Menschen in Friedrichshain und Döbern, von denen ich Hilfe und Unterstützung in verschiedener Weise erhielt.

Welche Erwartungen haben Sie an ein Leben in Deutschland und welche Ängste haben Sie?

Ich habe keine Ängste, ich bin ein positiv denkender Mensch, der offen ist für die Zukunft. Ich möchte keine Ansprüche stellen und mir nichts schenken lassen, sondern mit meiner Familie ein Leben in Frieden und ohne Angst führen. Ich möchte studieren, damit mein Hochschulabschluss in Deutschland anerkannt wird und ich mit einer qualifizierten Arbeit meine Familie ernähren kann.

Das Interview wurde in Döbern in englischer Sprache geführt von Norbert Höink.



Andrea Johlige (MdL)

Vorgestellt Andrea Johlige

„Rot, frech, kompetent - für das Havelland“, mit diesem Slogan zog sie nicht nur 2014 in den Wahlkampf für den Landtag Brandenburg. Rot ist auch ihr Markenzeichen – ihre Haare – Andrea Johlige.

Andrea, Jahrgang 1977, wohnt im Wustermarker Ortsteil Elstal, ist geschieden und hat ein Kind (sowie drei Katzen). Sie ist Mediengestalterin für Digi-

tal- und Printmedien sowie Medienfachwirtin.

Andrea kommt ursprünglich aus Sachsen-Anhalt, wo sie im Landesvorstand der PDS und als stellvertretende Landesvorsitzende der PDS arbeitete. Dann verschlug es sie nach Brandenburg, ins Havelland.

Sie war Kreisvorsitzende der LINKEN Havelland, Mitglied im Kreistag Havelland, Mitglied im Landesvorstand der brandenburgischen LINKEN. Nun ist sie Landesgeschäftsführerin der LINKEN Brandenburg, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Kreistag Havelland und seit 2014 Landtagsabgeordnete - Andrea ist ein Multitalent.

Als Mitglied im Brandenburger Landtag ist sie Sprecherin für Asyl- und Flüchtlingspolitik, MigrantInnen- und AusländerInnenpolitik und Tolerantes Brandenburg und in dieser Funktion in den letzten Monaten nicht nur helfend in den zahlreichen Flüchtlingsunterkünften anzutreffen, sondern auch, wenn es gilt, Flagge gegen Fremdenhass, Rassismus und Rechtsextremismus zu zeigen, vor Ort.



Harald Petzold, MdB,
Stadtvorsitzender
DIE LINKE, Falkensee

Wir werden viel überdenken und verändern müssen

An man-
AgeIndem
Engagement
des Kandida-
ten kann es
nicht gelegen
haben, dass
DIE LINKE bei
ihrer ersten

aktiven Teilnahme an einer Bürgermeisterwahl in Falkensee nur auf magere 5,7 Prozent der abgegebenen Stimmen gekommen ist. Norbert Kunz gebührt Dank. Er hat alles gegeben. Und er war präsent. Mit Witz und Humor, klarer Kante und Inhalten, Vision und Realitätssinn, Ideen und Einsatz. Alle wussten angesichts der seit Jahren bestehenden Kräfteverhältnisse in Falkensee von vornherein, dass der Sinn einer eigenen Kandidatur vor allem darin bestehen würde, eigene kommunalpolitische Vorstellungen und Konzepte im öffentlichen Diskurs der Stadt zu präsentieren, zu etablieren, sie ins Verhältnis zu anderen zu setzen und in der Auseinandersetzung des politischen Alltags zu schärfen. Damit sollte vor allem das linke Wahlspektrum so gut wie möglich für eine Teilnahme an der Wahl und möglichst ein Votum für DIE LINKE motiviert werden. Eingedenk der Tatsache, dass es bei den letzten Wahlen in Falkensee eine Tendenz hin zu einer strukturellen „schwarzen“ Mehrheit gegeben hatte, schien dies der beste Beitrag dafür zu sein, diese Ten-

denz zu stoppen und wenigstens einen rosaroten Bürgermeister zu „retten“. Darüber hinaus sollte der eigene Wahlantritt natürlich dazu genutzt werden, den Kreis derjenigen zu vergrößern, die jetzt und künftig die Arbeit der LINKEN verstärken bzw. aktiv unterstützen würden. Und schließlich war absehbar: Es würde eine Stichwahl geben, wahrscheinlich zwischen Amtsinhaber und CDU-Herausforderin. Mit einem möglichst achtbaren Ergebnis im ersten Wahlgang sollte eigenes politisches Gewicht für die Beeinflussung dieser möglichen Stichwahl erarbeitet werden, um bei der Frage, wen die Partei dabei unterstützen würde, noch einmal eigene Akzente setzen zu können.

Am Ende blieb das eigene Wahl-Ergebnis hinter den Erwartungen zurück. Und ja: Wir sind darüber enttäuscht. Sicher: Ein Teil unserer eigenen WählerInnen- bzw. SympythisantInnenschaft hatte taktisch abgestimmt und dem SPD-Kandidaten Heiko Müller bereits im ersten Wahlgang die Stimme gegeben (und uns dies sogar im Vorfeld so angekündigt). Aber dies allein als Grund für unser Ergebnis auszumachen, würde zu kurz greifen. So konfrontiert uns das Ergebnis auch schonungslos damit, wo wir stehen im Kampf um das Vertrauen der Menschen in der Stadt. Beispielsweise fällt uns nicht zuletzt aufgrund des ständig steigenden Altersdurchschnitts der Partei und der nur mäßigen Neueintrittszahlen die Mitwirkung

in BürgerInnen-Initiativen und Strukturen der Zivilgesellschaft zunehmend schwerer. Dort findet aber ein wesentlicher Teil des Diskurses um das erfolgreichste Konzept für Falkensee oder wenigstens um die Sympathie für die mit den Konzepten verbundenen AkteurInnen statt. Hier müssen wir dringend darüber nachdenken und politisches Handeln in Gang setzen, wie wir langfristig dieses Defizit überwinden können. Einen Beitrag dazu hat die Gesamt-Mitgliederversammlung der LINKEN am 22. Oktober geleistet.

Gleichzeitig machte das Gesamt-Wahlergebnis aber auch deutlich: In Falkensee gibt es nach wie vor Erfolgs-Chancen für eine strukturelle linke Mehrheit, auch wenn diese Mehrheit ständig in Bewegung und fragil ist. Eine politisch-`schwarze´ Bürgermeisterin konnte verhindert werden. Es ist der LINKEN – wenn auch in bescheidenem Maße – gelungen, im Rahmen des Wahlkampfes neue MitstreiterInnen und SympathisantInnen zu gewinnen. Und im Zusammenhang mit der KandidatInnenkonstellation für die Stichwahl konnten verbindliche Verabredungen mit der SPD getroffen werden – u.a. über eine Form der Zusammenarbeit nach der Wahl und deren Inhalte.

Nichtsdestotrotz: Es bleibt viel zu tun. Einfach ein `weiter so´ und das Übergehen zur Tagesordnung wird nicht ausreichen, um künftige Wahlen wieder erfolgreicher gestalten zu können und Vertrauen zurück zu gewinnen.

Harald Petzold, MdB,
Stadtvorsitzender
DIE LINKE, Falkensee



Turbulent und Spannend-2015 in Nauen

Das Jahr 2015 nähert sich dem Ende. Es war nicht nur für die Nauener LINKE sondern für die Stadt insgesamt ein turbulentes Jahr. Zeit, Revue passieren zu lassen.

Bereits Ende des letzten Jahres deutete sich an, dass etwas in der Luft lag. Der Bürgermeister, Detlef Fleischmann (SPD), hatte darüber informiert, dass die Verwaltung Örtlichkeiten für die Errichtung eines Flüchtlingsheimes prüft, die Presse hatte darüber berichtet, auf Facebook entstanden Seiten, wie „Nein zum Heim in Nauen“.

Ende Januar stand dann die Beratung und der Beschluss zum Grundstücksverkauf am Waldemardamm auf der Tagesordnung. An diesem Abend war ein großer Teil der Mitglieder der StVV Nauen jedoch nicht Willens oder nicht in der Lage, einen Beschluss zum Verkauf des Grundstückes herbeizuführen. Einzig die Fraktion der

LINKEN stand einstimmig zu dem vorgelegten Beschlussantrag. Dass es so kam, hatte wohl mehrere Gründe. Naivität, Angst vor der Verantwortung, Buhlen um Wählerstimmen, die Bandbreite ist wohl groß, nachzuvollziehen sind diese Gründe nicht. Auch wenn sich dieser Ausdruck verbietet, die Angelegenheit ist noch „glimpflich“ ausgegangen. Die Drucksache wurde auf eine Sondersitzung am 12.02. verschoben. Diese Entscheidung, dieses Versagen sollte sich als schwerer politischer Fehler erweisen, zeigte es der NPD und ihren „Verbündeten“ die Zerrissenheit der Nauener Stadtverordnetenversammlung und gab ihnen Zeit, sich auf den 12.02. zu konzentrieren.

Extra in einen größeren Saal verlegt, sollte in dieser Stadtverordnetenversammlung auch den besorgten Einwohnern die Chance gegeben werden, ihre Fragen zu stellen! Vertreter der Stadt und des Land-

kreises waren dazu bereit. Doch es kam nicht dazu! Zwischenrufe, laute unqualifizierte Kommentare - weder Bürgermeister noch Landrat hatten die Chance, ihre Ausführungen zu beenden. In der sich anschließenden Einwohnerfragestunde wurden die Befürworter eines Heims gnadenlos von NPD, Freien Kräften und Vertretern der BI „Zukunft Nauen“ niedergeschrien! Von draußen wurde gegen die Scheiben getrommelt. Man versuchte mit allen Mitteln, die Stadtverordneten einzuschüchtern. Und so kam es zum Eklat, zur Räumung des Saals durch die Polizei. Der Beschluss wurde mit den Stimmen von LINKEN, SPD, CDU und Frischem Wind/Piraten gefasst.

In den folgenden Wochen eskalierte die Situation völlig. Mahnwachen, Demonstrationen, Kundgebungen, angemeldet durch NPD oder die BI, Gegenaktionen mit teilweise mehr als 100 Teilnehmern, fanden alle zwei bis vier Wochen statt. Anschläge auf unsere Geschäftsstel- ➔

„Lärm gegen rechts“ in Nauen

Nauen war in den letzten Monaten immer wieder negativ in den Schlagzeilen, Tumulte während einer Stadtverordnetenversammlung, regelmäßig wiederkehrende Mahnwachen und Demonstrationen der NPD im Zusammenschluss mit dubiosen Bürgerinitiativen, die Anschläge auf unsere Geschäftsstelle, das Büro der SPD, Mikado e.V. und nicht zuletzt der Brandanschlag auf die Turnhalle des OSZ Havelland im August, es war in letzter Zeit nicht leicht Nauener zu sein, es war nicht leicht, Nauener LINKER zu sein.

Aber die Stadt kann auch positiv, und das hat sie Anfang Oktober bewiesen, als die NPD brandenburgweit zu sogenannten Mahnwachen aufrief und sich ein Dutzend ihrer Funktionäre nach Nauen verirrt.

Wie schon 14 Tage vorher hatten sie keine Freude an ihrer Veranstaltung. 120 Nauenerinnen und Nauener, Havelländerinnen und Havelländer begrüßten sie mit Transparenten, lautem Protest und guter und vor allem lauter Musik, das alles bei Bratwürsten, Bier und Kaffee. Initiiert hatte den Protest „Nauen für Menschlichkeit“ und nicht nur wir als Nauener LINKE, auch der Bürgermeister, trotz Krankheit, und andere Stadtverordnete haben sich angeschlossen.

In Nauen bewegt sich was, es war ein gutes Gefühl, Teil dieses Protestes zu sein.

*Thomas Lück,
Ortsvorsitzender
DIE LINKE. Nauen*

le teilweise im Wochentakt, die Angriffe auf Mikado und die SPD, das Klima in der Stadt wurde immer beängstigender. Nauen kam aus den Schlagzeilen nicht mehr heraus.

Im Juni dann endlich ein Schulterschluss der Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung Nauen, eine gemeinsame Erklärung zum Flüchtlingsheim wurde verfasst und veröffentlicht. Gleichzeitig gab es die Ankündigung des Landkreises, in der Turnhalle des OSZ Havelland in Nauen eine Notunterkunft zu errichten.

Den Sommer über war Ruhe in der Stadt, doch der Frieden war trügerisch. In der Nacht zum 25.08.2015 brannte die Turnhalle des OSZ Havelland. Brandstiftung, eine neue Eskalationsstufe. Die Reaktion der Nauener war wie in den vergangenen Wochen gespalten. Auf der einen Seite eine Erklärung der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung Nauen, am selben Tag verfasst, eine Mahnwache mit anschließender Demonstration durch



Norbert Müller (MdB)

die Bundestagsmehrheit aus CDU/CSU und SPD beschloss u. a., den Kosovo zu einem sicheren Land zu erklären. Menschen, die in Zukunft aus dem Kosovo fliehen und in Deutschland Asyl beantragen, werden in Erstaufnahmelager wie Eisenhüttenstadt verbracht und nach spätestens 6 Monaten abgeschoben.

Die gleiche Mehrheit des gleichen Deutschen Bundestages beschließt seit 1999 alljährlich, BundeswehrosoldatInnen, derzeit 740, im Rahmen des KFOR-Einsatzes in den Kosovo zu entsenden. Grundlage dieser Mission bildet die Resolution 1244 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen aus dem Jahr 1999. Nach dieser wird als offizielles Ziel der KFOR-Mission die Schaffung eines sicheren Umfeldes für die Rückkehr von Flüchtlingen beschrieben.

Wenn man nun der Logik des Beschlusses des Bundestages folgt, hat der Einsatz von 740 deutschen SoldatInnen im Kosovo dazu geführt, dass es keinen Grund mehr für Menschen geben kann,

KFOR und die militärisch garantierte Sicherheit des Kosovo

Am 15. Oktober beschloss der Deutsche Bundestag gegen die Stimmen der Linksfraktion die Verschärfung des Asylrechtes. Die Bun-

aus dem Kosovo zu fliehen.

Und da nun im Kosovo ein sicheres Umfeld für sie gegeben sei, müssen alle Geflohenen zurückkehren.

Fernab der Tatsache, dass ich die Situation beispielsweise für Roma und Sinti, aber auch Homosexuelle im Kosovo nicht als sicher erachte, stellt sich mir die Frage, warum der Bundestag weiterhin SoldatInnen im Kosovo stationiert, da es sich doch mit Beschluss des Bundestages um einen sicheren Staat handelt.

Wahrscheinlicher ist eher, dass der Bundestagsmehrheit aus CDU/CSU, SPD und auch Grünen klar ist, dass im Kosovo nur durch die Präsenz von NATO-Truppen eine scheinbar stabile Situation herrscht. Wenn aber Deutschland durch die Stationierung von SoldatInnen die oberflächliche Stabilität anderer Staaten zu garantieren glaubt, um dann Flüchtlinge in diese Länder abschieben zu können, wäre dies ein politischer Dammbbruch. Was käme dann als nächstes? Nach dieser Logik würde der Truppenabzug aus Afghanistan gestoppt bzw. die militärische Präsenz ausgebaut, Afghanistan zu einem sicheren Herkunftsland erklärt und afghanische Flüchtlinge zurück geschickt. Denn in ihrer Heimat wird ihre Sicherheit ja durch NATO-Truppen garantiert.

Brave New World

Nauen, auf der anderen Seite Nauener, die den Brandanschlag begrüßten oder verharmlosten. Seit diesem Tag wird Nauen in einem Atemzug mit Heidenau, Dresden oder Meißen genannt. Flüchtlingen wurde eine Zuflucht genommen, Kindern und Jugendlichen der Schul- und Vereinssport.

Seit September ist auch wieder die NPD mit Mahnwachen in Nauen aktiv. Ihr Erfolg hält sich dabei jedoch in Grenzen.

Die Nauener LINKE war in den letzten Wochen und Monaten immer mit dabei. Ob in den zahlreichen Initiativen, die sich in Nauen gebildet haben, dem Toleranzfest, dem Kiezfest, dem Gedenken zum 27.01. und zum 8. Mai oder bei den zahlreichen Protesten gegen NPD, Freie Kräfte oder BI „Zukunft Nauen“, wir haben Gesicht gezeigt und die Anschläge auf unsere Geschäftsstelle haben bewiesen, dass das sehr wohl wahrgenommen wurde.

Aber auch als Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung haben wir an der

weiteren Gestaltung unserer Stadt mitgewirkt. Weichen wurden gestellt für die Erweiterung der Arco-Oberschule mit Grundschulteil, die Weiterentwicklung des Stadtbades oder für die Neukonzeptionierung der Kinder- und Jugendarbeit. Die Erweiterung des Goethegymnasiums wurde fertiggestellt, im Oktober wurde im Gewerbegebiet Ost ein BMX- und Skater-Park eingeweiht. Die Initiative dazu kam von Jugendlichen, eine Investition in die Zukunft. Und noch einen Beschluss haben wir gefasst, die Übernahme von Seen in Groß Behnitz, Klein Behnitz und Wachow vom Land Brandenburg in kommunale Hand.

Insgesamt betrachtet war 2015 ein aufregendes Jahr und es ist davon auszugehen, dass das Jahr 2016 nicht weniger spannend wird.

*Thomas Lück
Ortsvorsitzender
DIE LINKE. Nauen*

Brieselang ist bereit

Eine Willkommensinitiative gibt es bereits seit mehreren Wochen in Brieselang, Mitte Oktober hatten zwei Vertreter die Gelegenheit zum „Antrittsbesuch“ bei dem zukünftigen Träger des Übergangsheims in der Jugendherberge, der AWO und einer Besichtigung des Heims.

Herr Leist, Geschäftsführer der AWO Betreuungsdienste GmbH, Frau Kias, Migrationsbeauftragte der AWO, und Herr Elia, Mitarbeiter der AWO, zeigten sich erfreut über die so gute strukturierte Willkommensinitiative in Brieselang.

Die zwei Vertreter der Brieselanger Willkommensinitiative hatten Gelegenheit, sich kurz die Räumlichkeiten anzusehen. 16 Flüchtlinge können in ihren Zimmern selbst kochen. Die anderen Flüchtlinge haben eine Gemeinschaftsküche, wo sich jeder selbst bekochen kann. In den Zimmern stehen Kühlschränke und in den Gemeinschaftswaschräumen stehen Waschmaschinen zur Verfügung (aktuell 2 Waschmaschinen, aber der Landkreis soll noch 2 weitere Waschmaschinen liefern). Das Problem des Wäschetrocknens wurde auch angesprochen. Dafür gibt es noch keine Lösung für 60 Menschen. Frau Buschow vom Landkreis hat dies mitgenommen.

Der Wachschatz wird zukünftig rund um die Uhr mit 5 Leuten vor Ort sein, 3 tagsüber und 2 in der Nacht. Durch den Wachschatz werden Mitarbeiter beschäftigt, die auch arabische Sprachkenntnisse haben.

Wichtigste Frage war, was für die ersten Tage benötigt wird.

Es ist erst einmal alles in der Herberge vorhanden und die Flüchtlinge bekommen auch Taschengeld. Sollte etwas fehlen, wird Herr Leist die Willkommensinitiative per Mail informieren.

Erste gemeinsame Aktivitäten wie Willkommenscafé oder Patenschaften werden erst wichtig, wenn die Bewohner angekommen sind und sich ein wenig eingelebt haben.

Heimleiter und Sozialarbeiter werden zu üblichen Arbeitszeiten vor Ort sein. Die Namen werden benannt und diese werden dann auch vor Ort sein. Die Gemeinde Brieselang hat übrigens zum 1. November eine halbe Stelle eingerichtet, die sich um alle Fragen rund um das Thema Flüchtlinge kümmert.

*Heike Swillus,
DIE LINKE. Brieselang*



Vorgestellt

Christian Görke

Bei seinen Wahlkampfveranstaltungen kann man schon mal erleben, dass er auf die Torwand schießt, er spielt Volleyball und wenn es die Zeit erlaubt, feuert er seinen Heimatverein FSV Optik Rathenow an. Christian Görke, Landesvorsitzender der LINKEN Brandenburg und Finanzminister, war in seinem ersten Leben Lehrer für Sport und Geschichte in Rathenow. Jahrgang 1962, geboren, aufgewachsen, wohnhaft in Rathenow, Christian ist ein Ur-Westhavelländer. Christian war und ist von Anfang an dabei, Mitglied in den Kreistagen Rathenow und Havelland von 1990 bis 2014, Stadtverordneter in Rathenow von 1998 bis 2014. Christian ist kommunalpolitisch fest verankert, er hat Ahnung, wenn er von der anstehenden Kommunalreform spricht.

1998 kandidierte Christian das erste Mal für den Brandenburger Landtag, 2003 zog er als Nachrücker in diesen ein und holte in den darauf folgenden Wahlen stets ein Direktmandat im Westhavelland.

Er war Parlamentarischer Geschäftsführer und Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion im Landtag und ist seit Anfang 2014 Finanzminister und hält als Landesvorsitzender das Ruder der brandenburgischen LINKEN in der Hand.

Brandenburg. Das Land zum Leben



Brandenburg. Das Land zum Leben – so das Motto des Parteitags und der Titel unseres beschlossenen Leitantes.

Der Parteitag der LINKEN. Brandenburg hat getagt. Zwei Tage lang haben sich mehr als 100 Delegierte im Potsdamer Kongress-Hotel getroffen, um über die aktuelle gesellschaftliche Situation in Brandenburg, über Flucht und Fluchtursachen, aber auch über die geplante Verwaltungsstrukturreform zu diskutieren. Als Delegierte habe ich die Stimmung als selbstbewusst, optimistisch und offen erlebt. So wurde beispielsweise zunächst in Foren gemeinsam am Leitantes gearbeitet, wurden Änderungen diskutiert und eingearbeitet, bevor er letztendlich beschlossen wurde.

Christian Görke, Landesvorsitzender unserer Partei, mahnte an, zukünftig in der Koalition „mehr Kante“ zu zeigen, sich durch die SPD keine Denkverbote aufzwingen zu lassen und wieder selbstbewusster aufzutreten. Das kann ich unterschreiben. Gerade unseren Antrag zur Verwaltungsstrukturreform, für den es Kritik vom Innenminister gibt, verstehe ich als logische Konsequenz der 18 Regionalkonferenzen. Dort gab es viele berechtigte Kritikpunkte an dem Reformvorschlag, die wir z.T. in unserem Antrag aufgegriffen haben. Es wäre doch unehrlich, diese Regionalkonferenzen durchzuführen, dann aber nicht darauf zu reagieren nach dem Motto „schön, dass wir mal drüber gesprochen haben“ – so verstehen wir Bürgerbeteiligung nicht!

Verabschiedet wurde aber auch ein Antrag zur Aufklärung der NSU-Verbrechen, der die Schaffung eines Untersuchungsausschusses fordert.

Umrahmt wurde der Landesparteitag durch eine Veranstaltung „25 Jahre PDS / LINKE in Brandenburg“. Bilder aus 25 Jahren, sieben Landesvorsitzende in Bild und Ton, zwei kurze Filme ließen Erinnerungen aufkommen, waren Rück- und Vorschau zugleich, die den Optimismus, aber auch unser Selbstbewusstsein an diesem Wochenende unterstreichen.

Susanne Schwanke-Lück

Zu Besuch im Deutschen Bundestag



Auf Initiative der Basisorganisation der LINKEN Friesack hat am 23. November eine besondere Gruppe junger Menschen den Deutschen Bundestag besucht und ein Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Norbert Müller geführt. Die Teilnehmer*innen der zehnköpfigen Besucher*innengruppe kamen aus Eritrea, Somalia und dem Tschad und wohnen im Flüchtlingsheim in Friesack.

Der Besuch fand im Rahmen des interkulturellen Nachmittages statt, der wöchentlich von ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer*innen, darunter Genossinnen und Genossen aus Friesack organisiert wird.

In einem knapp einstündigen Gespräch diskutierte Norbert Müller mit der Grup-

pe alles andere als klassische Themen. Statt über den Bundestag, die Oppositionsarbeit der Linksfraktion oder seine Arbeit als Kinder- und Jugendpolitischer Sprecher zu reden, wurden Fragen zum Asylsystem in Deutschland

und nach der persönlichen Situation der Flüchtlinge gestellt. Einige sind seit nunmehr fast zwei Jahren in Deutschland und warten seitdem auf ihren Asyl-Bescheid. Der Wille, sich am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen, die deutsche Sprache zu lernen und eine Arbeit zu suchen, war bei allen spürbar. Dies versuchen die freiwilligen Helfer*innen im Rahmen des interkulturellen Nachmittages anzustoßen. Bei Kaffee und Kuchen wird in spielerischer Form die deutsche Sprache erlernt, durch Rollenspiele werden soziale Kontakte vertieft und gegenseitiges Vertrauen aufgebaut. Leider sind die langen Bearbeitungszeiten im Asylverfahren und die damit verbundene Unsicherheit sowohl für die Flüchtlinge, als auch für die Helfer*innen eine enorme Belastung. Bis

zur einer Entscheidung, welche eigentlich nach maximal sechs Monaten erfolgen soll, dürfen die Flüchtlinge nicht arbeiten, eine Ausbildung anfangen oder einen Integrationskurs besuchen. Die gestiegene Zahl an Flüchtlingen und damit verbundener Asylanträgen zeigt eindrücklich die Belastungsgrenzen einer kaputt gesparten Verwaltungsbürokratie. So warten im Flüchtlingsheim Englischlehrer neben ausgebildeten Anlagemechanikern und harren der Dinge. Ein ehemals 17-jähriger Mann aus Eritrea würde seit einem Jahr gerne seinen Schulabschluss machen. Wartend wurde er vor kurzem 18, wodurch er nun nicht mehr schulpflichtig ist und sein Wunsch wohl unerfüllt bleiben wird. Das Gespräch wurde in vier Sprachen geführt, vom Deutschen wurde ins Englische, vom Englischen ins Eritreische und Arabische und umgekehrt übersetzt. Norbert Müller erklärte der Gruppe, dass DIE LINKE die einzige politische Kraft sei, die aus ehrlicher Überzeugung Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren will. CDU/CSU und SPD hingegen setzen auf Abschreckung und Abschottung. Im Anschluss an das Treffen mit Norbert Müller besuchte die Gruppe die Kuppel des Reichstages und traf sich dann zu einem gemeinsamen Essen im Deutschen Bundestag.

Zur Einsetzung des zweiten NSU Untersuchungsausschusses im Deutschen Bundestag

Am 11. November 2015 hat der Bundestag den von allen Fraktionen gemeinsam getragenen Antrag zur Einsetzung eines zweiten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum NSU einstimmig beschlossen. Unter der Federführung von Clemens Binninger (CDU) und Petra Pau (LINKE) haben sich alle Fraktionen, fernab der klassisch verteilten Koalitions- und Oppositionsrollen darauf verständigt, dass die bisherige Aufklärung der Umstände der Morde des NSU fortgeführt werden muss.

Warum erachteten es alle Fraktionen unisono als zwingend notwendig, erneut das schärfste Schwert parlamentarischer Regierungskontrolle zu bemühen?

Vier Jahr nach dem Tod von Böhnhardt und Mundlos, einem umfangreichen Untersuchungsausschuss im Bundestag ab 2012, einem schier endlosen und noch andauernden Prozess gegen Beate Zschäpe in München, acht Untersuchungsausschüssen in den Ländern Thüringen (2012, 2014), Sachsen (2012, 2014), Bayern (2012), Nordrhein-Westfalen (2014), Baden-Württemberg (2014), Hessen (2014) und diversen wissenschaftlichen Publikationen stellen sich weiterhin Fragen zum Verhältnis zwischen dem NSU, dem Verfassungsschutz und der bundesdeutschen Neonaziszene. Zugespitzt bezeichnete Ralph Giordano das staatliche Han-

deln als „Blindheit bis an die Grenze der Komplizenschaft“.

Hierzu sei an dieser Stelle Armin Schuster, CDU-Bundestagsabgeordneter und ehemaliger Bundespolizist in seiner Rede am 11. November vor dem Bundestag zitiert:

„Warum eigentlich diese zweite Auflage? Weil es nicht nur ein Trio war, sondern mehr Täter. Weil wir den Kopf des Trios gar nicht kennen. Die perfide Genialität dieser Verbrechenstriebe, passen nicht zu den Psychogrammen der Drei, die wir kennen. Immerhin haben sie den Föderalismus an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit gebracht und darüber hinaus. Weil es kein verabredeter Mord war, Selbstmord in Eisenach. Weil die Wohnung in der Frühlingsstraße gar nicht so in die Luft geflogen ist, wie wir es bisher glauben. Weil das Unterstützernetzwerk größer war. Weil die V-Leute Szene es doch wusste und weil Kiesewetter von mehr als zwei Tätern umgebracht wurde. Sie wundern sich jetzt. Ich kann es nicht beweisen, aber wir alle das Gegenteil auch nicht.“

Laut der Aussagen von Petra Pau soll es über 40 V-Leute im Umfeld des NSU gegeben haben. Nicht nur Vertreter*innen der Linksfraktion stellen sich die Frage, wie viel Naziterror es ohne geheimdienstlich bezahlte Neonazis gegeben hätte.

Als Abgeordneter der LINKEN begrüße ich, dass die Aufklärung im Bundestag weiter geht. Auch wenn es an Einigkeit der Fraktionen zur Aufklärung der Sachverhalte nicht fehlt, so gibt es gehörige Unterschiede bei den notwendigen Konsequenzen. CDU/CSU, SPD und Grüne fordern schlagkräftigere Geheimdienste – DIE LINKE steht für die Abschaffung dieser nicht nur ineffektiven, sondern gefährlichen Institutionen.

Als stellvertretender Landesvorsitzender der Brandenburger LINKEN bin ich wiederum froh, dass meine Partei auf ihrem Landesparteitag am 8. November beschlossen hat, dass endlich auch Brandenburg und der Brandenburger Verfassungsschutz die eigene Verantwortung am Naziterror der 1990'er und 2000'er Jahre aufklären will und hierfür beim Koalitionspartner für einen NSU Untersuchungsausschuss im Landtag wirbt.

In der Präambel des Einsetzungsbeschlusses des Untersuchungsausschusses im Bundestag heißt es:

„Der Deutsche Bundestag bekräftigt seinen Willen und seine Entschlossenheit, seinen Beitrag zu leisten zu einer rückhaltlosen und umfassenden Aufklärung der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“, der ihr zur Last gelegten Straftaten sowie ihres Umfelds und aller Unterstützer, die es den Mitgliedern der Terrorgruppe 13 Jahre lang ermöglicht haben, sich dem Zugriff der Behörden zu entziehen. Vieles ist dazu bereits geleistet worden. Abgeschlossen ist die notwendige Aufklärung noch nicht.“

Norbert Müller. MdB

Geschäftsstellen**Geschäftsstelle des Kreisverbandes „DIE LINKE.Havelland“**

Märkischer Platz 2
14712 Rathenow
Telefon: (03385) 512531
Fax: (03385) 494522

Öffnungszeiten:

Mo., Mi., Fr. 10.00 – 12.00 Uhr
Di. 14.00 – 17.00 Uhr
Do. 9.00 – 12.00 Uhr

kreisvorstand@dielinke-havelland.de

Bürgerbegegnungszentrum Falkensee

Bahnhofstr. 74
14612 Falkensee
Telefon: (03322) 423139
Telefax: (03322) 423143

Öffnungszeiten:

Täglich 9.00 – 12.00 Uhr
Di. 16.00 – 18.00 Uhr

falkensee@dielinke-havelland.de

Geschäftsstelle Nauen

Marktstr. 18
14641 Nauen
Telefon: (03321) 455603
(03321) 829889

Öffnungszeiten:

Mo. u. Di. 9.00 – 16.00 Uhr
Mi. 14.00 – 17.00 Uhr
Do. 9.00 – 16.30 Uhr
Fr. 9.00 – 12.00 Uhr

nauen@dielinke-havelland.de

Wenn Sie ein Gespräch mit einem unserer Bundestags- oder Landtagsabgeordneten vereinbaren möchten, dann rufen Sie in unseren Geschäftsstellen an.

Gern nehmen wir Ihre **Spende** entgegen. Wenn gewünscht erhalten Sie von uns auch eine entsprechende Spendenquittung zur Vorlage beim Finanzamt.

Unsere Kontonummer lautet:
Mittelbrandenburgische Sparkasse
BLZ: 16050000
Kontonummer: 3861024500

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. HVL

Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Nauen. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

V.i.S.d.P.: Thomas Lück
Tel.: (03321) 455603
E-Mail: dielinke-nauen@t-online.de
Redaktion: Karin Heckert
Layout u.: Fortunato Werbung
Satz: www.fortunato-werbung.de
Fotos/ : DIE LINKE. BRB.
Grafik: privat

Aufklären und Mahnen — Erhard Stenzel

Erhard Stenzel zuzuhören wird nie langweilig. Ich habe viele seiner Lebensgeschichten gehört, manche inzwischen auch zum wiederholten Male. Aber die Leidenschaft, mit denen er sie vorträgt, lassen sie immer wieder spannend und faszinierend sein. Ganz zu schweigen davon, dass immer auch ein Augenzwinkern, selbst der grausamsten Begebenheit ein wenig ihres Schreckens nimmt. Erhard Stenzel ist einer der wenigen noch lebenden Zeitzeugen des aktiven Widerstands gegen das NS-Regime. Geboren am 5.2.1925 erlebte er bereits in früher Jugend das Mord- und Repressionsystem des Hitler-Regimes am eigenen Leibe. Sein Vater wurde im KZ Buchenwald ermordet, Erhard Stenzel selbst nach einem Sabotagevorwurf inhaftiert, gefoltert und schwer misshandelt. Als junger Wehrpflichtiger desertierte er 1943 aus der Wehrmacht und schloss sich der französischen Résistance im Kampf gegen den Nationalsozialismus in Deutschland an. Erst im Jahre 2013 wurde auf Bundestagsbeschluss das diesbezüglich gegen ihn verhängte Todesurteil des Volksgerichtshofs aufgehoben, bis dahin galt er als rechtmäßig verurteilter Vaterlandsverräter und Kriegsdesserteur.

Unermüdet ist sein Einsatz, junge Menschen über dieses finsterste Kapitel deutscher Geschichte aufzuklären und sie vor den Gefahren

eines neuen Faschismus zu warnen. Dabei scheut er weder Kraft noch Gesundheit, um als Zeitzeuge aufzutreten und mit Jugendlichen persönlich ins Gespräch zu kommen – sowohl in seiner Wahlheimatstadt Falkensee als auch über ihre Grenzen hinaus, in Nauen, Brieselang, Wustermark, Dallgow-Döberitz und Schönwalde/Glien. Jährlich hält er an Gedenktagen für die Opfer der NS-Barbarei die Gedenkreden und hatte bis vor kurzem eine der Co-Sprecher-Funktionen des VVN-BdA im Landkreis Havelland inne. In der Stadt Falkensee hat er sich unermüdet als Bürger, als Stadtverordneter und als Vize-Vorsitzender der SVV für ein würdiges Gedenken an die Opfer des Faschismus und die Bewahrung des KZ Außenlagers Falkensee des KZ Sachsenhausen als authentische Gedenkstätte eingesetzt. Sein diesbezügliches beharrliches Wirken vor allem in der SVV Falkensee hat entscheidend mit dazu beigetragen, dass diese Gedenkstätte über die Grenzen der Stadt hinaus bekannt ist und in jedem Jahr sowohl Überlebende als auch ihre Angehörigen, Freunde sowie Bürgerinnen und Bürger der Stadt zusammenführt, um der Opfer zu gedenken. Er unterstützt rastlos Projekte der Schulen zur Erziehung junger Menschen zu aktivem Gedenken und zu aktiver Auseinandersetzung mit altem und neuem Faschismus, mit Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und für eine gerechte und solidarische Gesellschaft.

Harald Petzold, MdB

Das war sie also, unsere erste Ausgabe von „LINKS im Havelland“ Wie hat sie Ihnen/Euch gefallen? Das ist es natürlich, was uns jetzt interessiert! Es gab schon einige Versuche im Havelland, mit einer Zeitung die Mitglieder und Sympathisant*innen unserer Partei, aber auch interessierte Bürger*innen über das, was in unserer Region an LINKER Politik gemacht wird, zu informieren. Zuletzt geschah das in der gemeinsam mit Brandenburg produzierten „Havelbrandung“. Wir denken aber, dass unser Landkreis genug Themen bietet, um darüber in einer eigenen kleinen Zeitung zu berichten. Dabei sind wir natürlich auch auf Zuarbeiten aus den unterschiedlichen Regionen angewiesen! Also: Artikel, Bilder, Hinweise – wir freuen uns drauf!

Dominiert wurde diese erste Ausgabe ja vor allem von der Flüchtlingspolitik. Ich glaube, das ist auch ein Thema, das uns alle im Moment sehr stark bewegt. Doch wir sollten dabei nicht aus dem Auge verlieren, dass wir auch noch andere wichtige Aufgaben haben. Ich denke da an die Unterstützung der Beschäftigten bei Amazon, den Kampf gegen TTIP und CETA, diverse Satzungen, die in den Kommunen auf der Tagesordnung stehen und denen wir einen LINKEN Stempel aufdrücken können. Denn eins ist für mich klar: wir dürfen es nicht zulassen, dass

sozial schwächer gestellte Mitglieder unserer Gesellschaft gegeneinander ausgespielt werden! Es muss bezahlbaren Wohnraum für alle geben, eine gute medizinische Versorgung muss für alle gewährleistet sein, alle Kinder müssen die gleichen Chancen auf eine bestmögliche Bildung haben – unabhängig davon, ob es sich um alte oder neue Havelländer*innen handelt! Zu guter Letzt möchte ich aber auch noch auf ein Ereignis eingehen, das uns als Havelregion in diesem Jahr bundesweit ein Stück weit bekannter gemacht hat: die Bundesgartenschau mit ihren havelländischen Standorten Premnitz, Rathenow und Stöln. Auch wenn die Erwartungen der Ausrichter nicht erfüllt wurden und es rein rechnerisch ein „Minusgeschäft“ war, gebürt den beteiligten Orten ein großes Dankeschön und die Hoffnung, dass die speziell für die BUGA geschaffenen Attraktionen auch in der Zukunft den Menschen vor Ort und ihren Besuchern zur Verfügung stehen werden! Ich persönlich hoffe, dass es auch im nächsten Jahr auf unserem Balkon noch einmal so bunt blüht wie in diesem, als ich dort das Samentütchen der BUGA ausgesät hatte – Samen habe ich zumindest gerettet

*Susanne Schwanke-Lück,
Kreisvorsitzende
DIE LINKE. Havelland*

